



Gesundheit ist ein Menschenrecht und so gehört es zu den erklärten Zielen der Agenda 2030, die Gesundheit aller Menschen zu verbessern. Dafür ist der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Präventionsmaßnahmen ebenso zentral, wie die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen und Arzneimitteln. Auch die Gesundheitsfinanzierung und die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sind nötig, um die Gesundheit der Menschen weltweit zu verbessern.

## BREMER MODELL: GESUNDHEITSKARTE FÜR GEFLÜCHTETE

### → UM WAS GEHT ES?

Der Stadtstaat Bremen hat bereits im Jahr 2005 die elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende und Geflüchtete eingeführt. Ziel war es, Diskriminierung abzubauen. Mit ihrer Karte können die Menschen direkt zum Arzt gehen und müssen sich nicht vorab vom Sozialamt eine Genehmigung ausstellen lassen.

### → WAS WURDE GEMACHT?

Bremen nahm im Jahr 2004 Gespräche mit den Krankenkassen auf, um die Gesundheitskarte für Asylsuchende und Geflüchtete einzuführen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) sprach sich für das Projekt aus. Zum 1. Oktober 2005 schlossen das Land und die AOK einen Rahmenvertrag ab.

### → WIE WURDE ES UMGESETZT?

Seit 2005 hat jeder Asylsuchende und Geflüchtete eine elektronische Gesundheitskarte und damit Anspruch auf medizinische Versorgung. So werden Kranke schnellstmöglich versorgt und können den Arzt frei wählen. Bremen bleibt der Kostenträger, die Abrechnung übernimmt gegen eine Verwaltungskostenpauschale die Kasse.

### → WIE GEHT ES WEITER?

Hamburg hat das Bremer Modell zum 1. Juli 2012 übernommen, 2015 schloss Nordrhein-Westfalen mit acht Krankenkassen Rahmenvereinbarungen ab. Die landesweite Einführung stockt allerdings – unter anderem, weil viele Kommunen einen erhöhten Kostenaufwand befürchten.



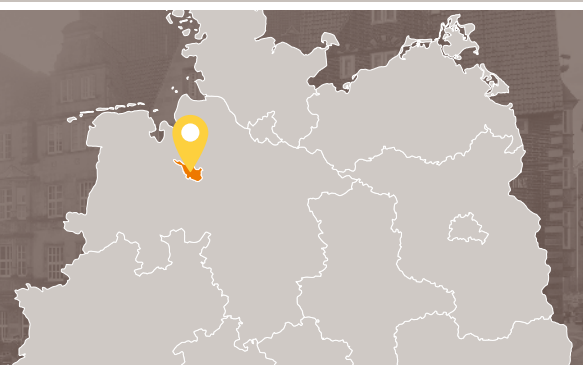
## Freie Hansestadt Bremen → Bremen



Einwohnerzahl:  
**557.464**



Bürgermeister:  
**Dr. Carsten Sieling**



## EINFACH ZUM ARZT GEHEN – DIE GESUNDHEITSKARTE FÜR GEFLÜCHTETE

**Zahnschmerzen oder Fieber: Asylsuchende oder Geflüchtete, die in Deutschland krank werden, haben ein Problem – zumindest in den meisten Teilen des Landes. Bevor es nämlich zum Arzt geht, müssen sie vom Gesundheitsamt untersucht werden. Wenn es grünes Licht erteilt, stellt das zuständige Sozialamt der Gemeinde einen Behandlungsschein aus. Erst damit können die Kranken zum Arzt.**

Bremen hat 2005 überlegt, wie sich die Stigmatisierung von Asylsuchenden abbauen ließe. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, sollten die Kompetenzen der Krankenkassen bei der Abrechnung genutzt werden. Zum 1. Oktober 2005 schloss das Land einen Rahmenvertrag mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK). Geflüchtete oder Asylsuchende werden in Bremen seitdem mit der Gesundheitskarte ausgestattet. Kranke können direkt zum Arzt gehen. Gleiches gilt für werdende Mütter und Wöchnerinnen, auch Schutzimpfungen sind möglich. Lediglich für Leistungen wie eine Kur oder eine Psychotherapie sind Einzelfallprüfungen erforderlich.

Damit hat das kleinste Bundesland in Sachen „SDGs“ Pionierarbeit geleistet. Ein wichtiges Unterziel (3.8) ist die allgemeine Gesundheitsversorgung für alle zu erreichen, inklusive des Zugangs zu hochwertigen Gesundheitsdiensten und bezahlbaren Arzneimitteln. Die Gesundheitskarte sichert den diskriminierungsfreien Zugang.

### DIE ERWARTUNGEN HABEN SICH ERFÜLLT

Die Erwartungen an die Einführung der Gesundheitskarte wurden nach Auskunft von David Lukaßen, Sprecher des Bremer Sozialressorts, in vollem Umfang erfüllt. Dass Bremen die Gesundheitskarte als Land eingeführt hat, liegt an der Struktur. Als Stadtstaat leistet sich die Stadtgemeinde Bremen keine zweite Landesebene in der Verwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen auch die Aufgaben einer Landesverwaltung. Dies trifft insbesondere auf das Sozialressort zu, bei dem die Flüchtlingsaufgaben angesiedelt sind. Statt jede Behandlung von Asylsuchenden einzeln abrechnen zu müssen, werden Leistungen wie üblich von den Ärzten bei der Krankenkasse eingereicht und



Seit über zehn Jahren erhalten Asylsuchende in Bremen eine Gesundheitskarte (Foto: Stockfotos-MG/fotolia.de)

abgerechnet. Sie erhält für den zusätzlichen Aufwand eine Verwaltungspauschale von zehn Euro sowie einmalig acht Euro für die Ausstellung der Karte.

Das Bremer Modell wurde im Juli 2012 auch in Hamburg eingeführt. Nordrhein-Westfalen hat eine Vereinbarung mit acht Krankenkassen getroffen. Allerdings haben erst 20 von 400 Kommunen die Karte eingeführt.

### KOMMUNEN MACHEN GUTE ERFAHRUNGEN

Der Bund hat mit der Verabschiedung des Asylbeschleunigungsgesetzes (Asylpaket I) Ende 2015 die Möglichkeit eröffnet, für Asylsuchende eine Gesundheitskarte mit eingeschränktem Leistungsanspruch einzuführen. Viele Kommunen fürchten hohe Kosten, doch die Erfahrungen mit der Karte – unter anderem aus den NRW-Großstädten Köln und Düsseldorf – sind positiv.

Das Verfahren sei diskriminierungsfrei für die Flüchtlinge, erspare ihnen unnötige Wege und entlaste die Verwaltung im Amt für soziale Dienste, sagt Anja Stahmann. Die Bremer Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport betont: „Wir haben die Karte vor mehr als zehn Jahren eingeführt, und sie hat nur Vorteile.“

### INTERNETADRESSE

[www.gesundheitsamt.bremen.de/fluechtlinge-15222](http://www.gesundheitsamt.bremen.de/fluechtlinge-15222)